



Gefährliche Reform

Erwerbsloseninitiativen warnen vor geplanten Hartz-IV-Vereinfachungen. **Seite 2**

Sportliches Exil

Warum ab 1933 in Deutschland ausgerechnet jüdische Fußballklubs Zulauf hatten. **Seite 19**

Schöner putzen

Arbeitsgericht kippte Hausverbot für Gewerkschafter. **Seite 16**

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Foto: 123rf/Maksym Yemelyanov



Berlinausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Freitag, 18. März 2016

71. Jahrgang/Nr. 66

STANDPUNKT

Justizminister aufgewacht

Stefan Otto warnt vor einer Verharmlosung rechter Straftaten

Zweifelloso ist es zu begrüßen, wenn die Justizminister ein konsequentes Vorgehen gegen rechte Straftäter ankündigen. Auch wenn es ein spätes Reagieren ist. Hasskriminalität gibt es bekanntlich nicht erst seit einigen Wochen. Mehr als vier Jahre ist es her, dass der Nationalsozialistische Untergrund aufflog. Seitdem schwor die Politik, rigoros gegen rechte Gewaltauswüchse vorzugehen. Und doch beschleicht einen bisweilen der Eindruck, als würde das Vorgehen gegen Fremdenfeinde noch immer nur eine untergeordnete Dringlichkeit haben – solange es keine neuerlichen Pogrome oder Mordtaten gibt, die für Entsetzen sorgen.

Doch eine solche Haltung ist gefährlich, wie sich im vergangenen Jahr gezeigt hat. 1239 Übergriffe auf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte zählten Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung. Viele Anschläge mögen auf das Konto von Einzeltätern gehen. Doch sie leben den zuletzt viel zitierten Rechtsruck, wähen Pegida und AfD hinter sich oder fühlen sich von den vielen Hasspostings im Netz angespornt.

Hoffnung macht, dass Rechtsradikalen nun Konsequenzen drohen: Polizisten können ihre rechten Broschüren nicht mehr arglos im Einsatzfahrzeug lassen, wie jüngst in Jena. Die »Weisse Wölfe Terrorcrew« in Hamburg wurde durch den Bundesinnenminister verboten. Und längst überfällig ist auch, dass die Justiz nun gezielter gegen Fremdenfeinde vorgehen will – wenngleich sich erst zeigen muss, wie wirksam diese Maßnahmen sein werden.

UNTEN LINKS

Anfrage an den Sender Jerewan: Stimmt es, dass der Flughafen Berlin-Brandenburg, auch liebevoll BER genannt, der einzige Flughafen der Region ist, wie es in einem Geografie-Lehrbuch für Gymnasiasten steht? Antwort: Im Prinzip ja. Aber erstens handelt es sich nicht um einen Flughafen, von dem man mit einem Flugzeug in eine andere Region des Landes oder etwa in ein vollkommen anderes Land fliegen kann, sondern um ein Territorium, auf dem der Bau eines solchen Flughafens erprobt wird und die Frage, ob man ihn dann auch benutzen kann, vollkommen uninteressant ist. Zweitens haben weder Lehrer noch Schüler in den Brandenburgischen Schulen in den vergangenen vier Jahren bemerkt, dass sie nicht vom BER in den Urlaub nach Mallorca geflogen sind, sondern von Tegel oder Schönefeld, und drittens werden Informationen in den Schulbüchern in Berlin und Brandenburg generell überbewertet. Lehrer haben keine Zeit, sie zu lesen, und Schüler bevorzugen Wikipedia. *ott*

Widerstand bei Bombardier

Protest gegen angekündigten Stellenabbau beim Zughersteller



Foto: dpa/Uwe Zuchni

Berlin. Aus Protest gegen den angekündigten Stellenabbau beim Zughersteller Bombardier haben sich Tausende Mitarbeiter an einem bundesweiten Aktionstag beteiligt. Allein vor den sächsischen Werken in Görlitz und Bautzen versammelten sich am Donnerstag rund 1800 Beschäftigte. In Hennigsdorf (Brandenburg) kamen mehr als 800 Menschen zusammen. »Die Belegschaften setzen heute ein deutliches Zeichen gegen ein Management nach Gutsherrenart«, sagte Gesamtbetriebsratschef Michael Wobst. Stellenabbau, Produktions- und Kompetenzverlagerungen lösten keines der bestehenden Probleme. Bombardier will

1430 seiner 10 500 Arbeitsplätze in Deutschland streichen – davon 1200 an seinen drei größten Standorten im Osten. Der Zughersteller hält trotz wachsenden Widerstands an den Plänen fest und verweist auf die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit.

Ein Jobkahltschlag dieser Dimension sei das Ergebnis »völliger Konzeptionslosigkeit des Managements«, sagte IG-Metall-Bundesvorstandsmitglied Wolfgang Lemb in Hennigsdorf, wo 270 der 2800 Mitarbeiter betroffen sind. Laut IG Metall will der Konzern die Fertigung von Wagenkästen einstellen und Montagearbeiten in Niedriglohnländer verlagern.

Zu dem Aktionstag hatten IG Metall und Betriebsräte aufgerufen. Auch in Braunschweig, Frankfurt am Main, Mannheim und Siegen gab es Proteste. Die Kasseler Belegschaft beteiligte sich aus Angst vor einer Werkschließung mit rund 500 Beschäftigten an dem Aktionstag.

Der Grünen-Verkehrsexperte Stephan Kühn kritisierte die »betriebswirtschaftliche Kurzsichtigkeit«, das Kompetenzzentrum des Schienenfahrzeugbaus in Sachsen trotz voller Auftragsbücher zu schwächen. Brandenburgs Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD) erklärte, er habe Bombardier alle möglichen Hilfen angeboten. *dpa/nd* **Seite 17**

Flüchtlinge in Lohn und Brot

Bundesländer wollen ausländische und deutsche Arbeitssuchende befristet gleichstellen

Bevor sie Ausländer beschäftigen können, müssen Unternehmen einen hohen bürokratischen Aufwand bewältigen. Dies soll sich nun ändern.

Erfurt. Flüchtlingen soll der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert werden. Dafür beschloss die für die Integration zuständigen Landesminister am Donnerstag einstimmig auf einer Fachkonferenz in Erfurt, die sogenannte Vorrangprüfung vorübergehend auszusetzen. Dies erklärte Thüringens Migrationsminister Dieter Lauinger (Grüne) unmittelbar nach dem Zusammenreffen

Die Einstimmigkeit dieses Beschlusses hat indes einen Makel: Der Freistaat Bayern hatte unmittelbar vor Beginn der Konferenz seine Nichtteilnahme erklärt. Bei den Fachministern stieß das auf zum Teil heftige Kritik. Offensichtlich wollte Bayerns Regierungschef Horst Seehofer (CSU)

auf diese Weise ein klares Signal aus Erfurt in die Runde der Ministerpräsidenten verhindern, hieß es. Es sei jetzt Sache der Bayern, zu konstruktiven Gesprächen zurückzukehren, erklärte Nordrhein-Westfalens Sozialminister Rainer Schmelzer (SPD). Die demonstrative Abwesenheit der bayerischen Sozialministerin Emilia Müller, in deren Aufgabenbereich auch die Integration von Flüchtlingen fällt, knüpft an eine Reihe von brüskten Erklärungen und Provokationen aus Bayern an. Erst am Mittwoch hatte Ministerpräsident Horst Seehofer Kanzlerin Merkel in der Flüchtlingsfrage »keine respektvolle Haltung gegenüber dem Wähler« vorgeworfen.

Die »Vorrangprüfung« macht es für nicht-europäische Ausländer zur Zeit noch kompliziert eine Arbeit in Deutschland anzunehmen. Bevor ein Unternehmer mit einem Geflüchteten einen Arbeitsvertrag abschließen kann, muss er einen

Antrag bei der Agentur für Arbeit stellen. Diese prüft erst die Bedingungen unter denen eingestellt werden soll. Danach versucht die Arbeitsagentur einen »bevorrechtigten« Arbeitslosen für die Tätigkeit zu finden. Nur falls niemand in Frage kommt, kann ein Geflüchteter mit der Arbeit anfangen. Das ganze Prozedere kann bis zu sechs Wochen dauern. Genau hier soll der aktuelle Beschluss der Fachminister Abhilfe bringen.

Zeitgleich mit den Fachministern trafen sich ebenfalls am Donnerstag auch die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin – Horst Seehofer war mit dabei. Als Ergebnis ihrer Beratung wollen die Länder den Druck auf den Bund in der Frage der Integrationskosten für Flüchtlinge massiv erhöhen. Die vom Bund übernommene monatliche Pauschale von 670 Euro pro Flüchtling reiche bei weitem nicht aus, sagte Bremens Bürgermeister Carsten

Sieling (SPD). Damit seien nur etwa 10 bis 15 Prozent, »vielleicht hier und da auch mal 20 Prozent« der Kosten gedeckt, sagte der SPD-Politiker. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte, selbst die 50:50-Aufteilung, wie sie bislang von den Ländern gefordert wurde, sei für die ärmeren Bundesländer nicht zu tragen. *Agenturen/nd* **Kommentar Seite 4**

Lesen Sie morgen im wochen-nd

Zwischen Punk und Buddha: Myanmars Metropole Yagon

Auf eine Zigarre in Havanna: Montag fährt Obama nach Kuba

Staatsanwälte für Hassverbrechen gefordert

Stiftung plädiert für Bleiberecht von Opfern fremdenfeindlicher Angriffe

Berlin. Die Amadeu Antonio Stiftung drängt die deutschen Justizminister zur Einrichtung von Sonderstaatsanwaltschaften für Hassverbrechen. Am Rande des am Donnerstag in Berlin ausgerichteten Rechtsextremismuskongresses der Justiz-Ressortchefs verwies Stiftungsgeschäftsführer Timo Reinfrank auf den drastischen Anstieg entsprechender Delikte: »Seit Bestehen der Bundesrepublik hat es keine solche Dichte an Angriffen auf Flüchtlinge in Deutschland gegeben.« Ohne gezielte Gegenmaßnahmen sei ein Ende nicht abzusehen.

Sonderstaatsanwaltschaften für Hassverbrechen könnten die Fachkompetenz dazu bündeln. Daneben müsse es ein grundsätzliches Bleiberecht für Opfer flüchtlingsfeindlicher Angriffe geben. »Das wäre auch ein deutliches Signal des Rechtsstaats gegenüber den Tätern«, unterstrich der Stiftungsgeschäftsführer. *epd/nd* **Seite 5**

Zwölf rechtsextreme Soldaten entlassen

Statistik des Militärgeheimdienstes zählt 230 Verdachtsfälle

Berlin. Die Bundeswehr hat im vergangenen Jahr 56 rechtsextremistische Vorfälle registriert und 12 Soldaten deswegen entlassen. In zwei weiteren Fällen wurde die Entlassung in die Wege geleitet. Das geht aus der Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor.

Danach geht der Militärische Abschirmdienst (MAD) bei 230 Soldaten dem Verdacht der rechtsextremistischen Betätigung auch außerhalb der Bundeswehr nach. Darunter sind 149 relativ neue Verdachtsfälle aus dem Jahr 2015 und 22 aus dem laufenden Jahr. In nur vier Fällen bestätigte sich 2015 dieser Verdacht jedoch. Dabei handelt es sich um zwei NPD-Mitglieder, ein Mitglied einer rechtsextremistischen Kameradschaft und einen Soldaten mit rechtsextremistischer Tätowierung. Zwei wurden entlassen, einer in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, und ein Wachmann erhielt Zutrittsverbot zu Bundeswehr-Liegenschaften. Einen Zuwachs gibt es bei den rechtsextremistischen Vorfällen nicht: 2014 waren es 63, 2013 waren es 58. *dpa/nd*

LINKE-Unmut gegen Wagenknecht

Offener Brief wegen umstrittener Äußerungen zur Asylpolitik

Berlin. Deutliche Kritik an Äußerungen von Linksfraktionschefin Sahra Wagenknecht zur Asylpolitik kommt jetzt auch vom linken Flügel der Partei. In einem Offenen Brief fordern Dutzende Vertreter aus dem Umfeld der Parteiströmung Antikapitalistische Linke die Politikerin auf, ihre »Positionen zu überdenken und zu korrigieren«. Es sei »nicht akzeptabel«, dass Wagenknecht »im Alleingang in der Öffentlichkeit« Positionen vertrete, mit denen »die Mitgliedschaft vor vollendete Tatsachen gestellt« würde.

Die Unterzeichner des Schreibens, zu denen Landesvorstände der Partei und die Bundestagsabgeordnete Inge Höger gehören, zeigen sich »extrem besorgt« über Äußerungen Wagenknechts zum angeblichen »Gastrecht«, zur Abschiebung straffällig gewordener Migranten und zu den Kapazitätsgrenzen für die Aufnahme von Geflüchteten. Es sei wichtig, »dass der linke Parteiflügel – zu dem Du gezählt wirst – nicht anfängt, wichtige Prinzipien aufzugeben«, heißt es in dem Schreiben. *nd*

ISSN 0323-4940

